

Kamener Zeitung

Anteiliges Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Zementzettel
200.— Mark bei lokalen Anzeigen 200.— Mark, bei Fernan-
zeigen 250.— Mark. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer
Anzeigenbedingungen. Adressen: Druck und Verlag der Ka-
men. Zeitung, G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen,
Bismarckstr. 10, Telefon 10.

Vollstrecker für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitsung.
20 000 Mark. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Monatlicher Bezugspreis 18000 Mark, durch die Post (am Be-
zugspreis 18000 Mark) zu 18000 Mark. Falls wir in der Ausgabe ob. Anstellung
der Zeitung gehindert sind, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch
auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich:
H. Schulte, Kamen.

Nummer 156

Montag, den 9. Juli 1923

51. Jahrgang

Französisch-belg. Schritt in Berlin.

Die Reichsregierung soll das Duisburger „Attentat“ mißbilligen. — Antwort des Außenministers.
Verlängerung der Verkehrsperre um 6 Wochen? — Wieder 4 Milliarden geraubt.

Das Duisburger Explosionsunglück.

(X Berlin, 7. Juli.

Ein Berliner Mittagsblatt verbreitet in großer
Aufmachung eine Sabotagemeldung, die besagt, die
belgische und französische Regierung hätten an
den Reichsminister Cuno eine Note mit der
Forderung geschickt, die gegen die Besatzungs-
truppen an Rhein und Ruhr begangenen Attentate
zu brandmarken. Im Falle der Ver-
weigerung dieser Genehmigung würden die
diplomatischen Beziehungen zwischen
Belgien und Belgien mit Berlin abgebrochen.
(In dieser Form scheint die Sabotagemeldung nicht
richtig zu sein.)

Diese Darstellung trifft, wie wir an zuständiger
Stelle erfahren, infolgedessen nicht zu, als eine der-
artige Drohung nicht an die Vorstellungen des
französischen und belgischen Botschafters
in Berlin, über die in der folgenden amtlichen
Mitteilung berichtet wird, geknüpft war.

Die deutsche Antwort.

(X Berlin, 7. Juli 1923.
(Amtlich.)

Nach Abschluß der Unterredungen zwischen
dem Reichsminister und dem päpstlichen Nuntius
Pacelli erschienen gestern abend der französische
und der belgische Botschafter im Auswärtigen
Amt, um den Vorfall auf der Duisburger Bahn-
brücke zur Sprache zu bringen. Beide Missionen
hatten als Auffassung ihrer Regierungen
dargelegt, daß die Reichsregierung durch ihre
Verordnungen über den passiven Widerstand und
ihre Weisungsdekretes auch für die antisozialen
Erscheinungen des Widerstandes verantwortlich
gemacht werden müßte.

Aus diesem Grunde müßten die belgische
und die französische Regierung fordern, daß die
Reichsregierung das Attentat nicht billige und
alles unternehme, um die Täter zu ermitteln
und zur Verantwortung zu ziehen. Zum Be-
weise der Beteiligung von Deutschen erklärte
der belgische Gesandte, daß auf der Duisburger
Brücke Bruchstücke einer Explosionsbombe ge-
funden worden seien.

Der Minister des Auswärtigen Dr. v. No-
tenberg hat den belgischen Vertretern in folgen-
dem Sinne geantwortet:

Der Vorfall bei Duisburg sei der deutschen
Reichsregierung bisher nur aus Zeitungs-
meldungen bekannt. Ihre Versuch, sich ein klares
Bild von dem Vorfall zu verschaffen, sei ge-
scheitert, da die belgischen Behörden keine Mit-
teilung hätten, den Sachverhalt an Ort und Stelle nach-
zuprüfen. Aber selbst wenn Deutsche an dem
Vorfall beteiligt gewesen seien, könne nicht zu-
gegeben werden, daß die deutsche Regierung ir-
gend eine Verantwortung dafür trage oder in
irgend einer Weise zu derartigen Aktionen er-
zwingt habe. Die von der Reichsregierung nach
Beginn der Ruhraktion erlassenen Verordnungen
seien nicht die Ursache, sondern die Folge des
Widerstandes aus der Bevölkerung hervorgegangenen
Widerstandes. Die Weisungsdekretes hätten
bedeuteten eine durchaus selbstverständliche und
natürliche Reaktion, nachdem ein deutscher
Mann von einem fremden Kriegsschiff auf deut-
schen Boden für eine wahrlich nicht aus er-
höhen Motiven begangene Handlung widerrechtlich
verurteilt und hingerichtet sei. Es liege außer
Zweifel, daß seine Absicht nicht auf Unterwerfung
sondern darauf gerichtet gewesen sei, den Be-
satzungstruppen die Verwendung deutscher Verkehrs-
mittel unmöglich zu machen. Eine Umdeutung
der Begriffe sei es also, wenn jetzt Frank-
reich und Belgien sich für berechtigt hielten,
Deutschland für die Folgen ihres rechtswidrigen
Eingriffes in das Ruhrgebiet und für die Folgen
des maßlosen Terrors der Besatzungstruppen
verantwortlich zu machen.

Man dürfe nicht vergessen, daß bevor irgend
einem Franzosen oder Belgier im besetzten Gebiete
auch nur ein Haar gekrümmt worden sei, bereits
mehr als 20 Deutsche schuldlos ihr Leben unter den
Augen der Besatzungstruppen eingebüßt hätten.
Ein Gewaltakt, wie er nach französischer und
belgischer Darstellung auf der Duisburger Brücke
begangen sei, liege nicht in der Absicht
und Politik der Reichsregierung,
die nichts unterlassen habe, um die Bevölkerung zu
besonnenem Verhalten auf der Linie des passiven
Widerstandes zu bewegen. Die Angabe, daß auf
der Brücke Trümmer einer Bombe gefunden seien,
kann keineswegs genügen, um die deutsche Re-
gierung von einer verbrecherischen Beteiligung deut-
scher Personen an dem Vorfall zu überzeugen. In

diesem Zusammenhange müsse daran erinnert wer-
den, daß nach französischen Meldungen in letzter
Zeit wiederholt sich Fälle ereignet hätten, in denen
französische Soldaten von ihren
eigenen Kameraden erschossen worden
seien.

Was die deutsche Mitwirkung bei der wei-
teren Behandlung des Falles anlangt, so werde sich
die Reichsregierung dazu äußern, sobald ihr in kon-
kreter und substantieller Form das Ergebnis der
bisherigen Untersuchung vorgelegt werde. Im
übrigen sei zu bemerken, daß die Reichsregierung
in mehreren Fällen gefordert habe, den deutschen
Behörden zu einer Untersuchung an Ort und Stelle
Gelegenheit zu geben. Dieser Forderung sei nie-
mals entsprochen worden. Ebenfalls habe die
französische Regierung auf den wiederholten Vor-
schlag, eine internationale Untersuchungskom-
mission zur Feststellung des Tatbestandes einzu-
setzen, auch nur eine Antwort erteilt.

Glatte Ablehnung in Paris und Brüssel.

(X Berlin, 8. Juli. (Draht.) Nach den aus
Paris und Brüssel vorliegenden Meldungen lehnt
die französische und belgische Presse die Antwort
der deutschen Regierung auf die Demarche der
beiden Missionen scharf ab. Fast in allen Blät-
tern kommt zum Ausdruck, daß der Außenminister
von Rosenberg unter dem Einfluß Englands seine
Antwort abgegeben habe.

(X Paris, 8. Juli. Aus Brüssel wird gemel-
det, daß die Mitteilung, wonach alle Maßnahmen
gegen die Attentate im Ruhrgebiet für den Fall,
daß die deutsche Regierung diese nicht öffentlich
brandmarken würde, Frankreich und Belgien ihre
Botschafter abberufen, überflüssig wäre. Man werde
abwarten, bis die Reichsregierung auf die fran-
zösisch-belgischen Vorstellungen antwortet, ehe irgend
ein Beschluß über Sanktionen gefaßt werden soll.

Paris, 8. Juli.

Die „Auffassung des Temps“, als ob der
Protest des belgischen und des französischen Be-
treeters wegen der Attentate in Ruhrgebiet eine Art
Vorwand wäre, um Verhandlungen mit der
Reichsregierung einzuleiten, entspricht nicht dem
offiziellen Wunsch des Außenministeriums. Belgien
wurde bei Vorentscheid auf diplomatischem Wege vor-
gestellt, daß in Berlin infolge der Attentate eine
Vorstellung erhoben werde. Frankreich stimmte zu,
daß dieser diplomatische Schritt nicht dem Cha-
rakter eines Ultimatums habe, d. h. es wird keine
bestimmte Frist für eine Antwort vorgeschrieben,
vielmehr hat der Schritt lediglich den Zweck,
dem Reichsminister und dem Kabinett Verlegen-
heiten zu bereiten. Wenn nämlich der Kanzler
den Forderungen der Alliierten Rechnung trüge,
so würde er sich Angriffen der Reichsparteien aus-
setzen und einen Teil seines Ansehens im Reich
verlieren. Wenn dagegen die Regierung eine
ausweichende oder negative Antwort geben sollte,
so würde sie in diesem Augenblicke der Welt ge-
genüber alle Verantwortung für die Sabotageakte
auf sich nehmen.

Milliardenräuberei wegen der Duisburger Katastrophe

(X Paris, 8. Juli. (Eig. Draht.) Wie
die Sabotage-Agentur aus Düsseldorf meldet, hat die
belgische Besatzungsbehörde in der Reichsbahn-
station in Duisburg den Betrag von 4 Milliarden
Mark beschlagnahmt, um die Geldbuße von 30
Milliarden Mark zu decken, die der Stadt Duis-
burg aus Anlaß des Hofsfelder Eisenbahnunglücks
auferlegt worden ist.

(X Paris, 8. Juli. (Eig. Draht.) Nach
einer Meldung der Sabotage-Agentur aus Koblenz
hat die Rheinlandkommission beschlossen, der fran-
zösisch-belgischen Eisenbahnregie eine vorläufige
Entschädigung für das Eisenbahnunglück auf der
Hofsfelder Eisenbahnbrücke bei Duisburg in Höhe
von 63 000 Francs zuzusprechen, die aus den Ein-
nahmen des Deutschen Reiches entnommenen Mit-
teln geleistet werden sollen.

(Halbkantisch wird bemerkt: Der Eisenbahn-
unfall bei Duisburg ist ein Vorkommnis, das in-
folge der durch den rechtswidrigen Einbruch in
das Ruhrgebiet geschaffenen Verhältnisse möglich
war. Die Hofsfelder Eisenbahnbrücke steht unter
ständiger französisch-belgischer Bewachung. Den
deutschen Behörden ist durch ihr systematisches
Fernhalten und durch die Auflösung der Sicher-
heitsorgane eine Bewachung unmöglich gemacht
worden. Die deutsche Regierung kann, selbst
wenn, was durchaus noch nicht einwandfrei er-
wiesen ist, ein Attentat vorliegt, für die daraus
entstandenen Folgen nicht haftbar gemacht werden.
Der Rheinlandkommission steht daher jeder
Rechtsmittel für ihr Vorgehen.)

Weitere 6 Wochen Verkehrsperre?

(X Trier, 7. Juli. Aus zuverlässiger Quelle
verlautet, daß die Franzosen beabsichtigen, nach
Ablauf der 14-Tages-Sperre die Sperre noch um
ganze sechs Wochen zu verlängern, und
zwar mit der Begründung, man hätte den an dem
Duisburger Unglück Schuldigen noch nicht ge-
funden.

Regierungspräsident Gröner hat aus An-
laß der Absperrung des gesamten Gebietes an den
pöpstlichen Delegaten Monsignore Testa in Essen
ein Telegramm gerichtet, in dem er auf die nach-
teiligen Folgen der Sperre für die Versorgung
des Gebietes mit Lebensmitteln hinweist. „Die
Bevölkerung des Einbruchgebietes, besonders die
katholische, bittet Sie durch mich zu veranlassen,
dieses Verhalten zum Gegenstand schneller und
weitsichtiger Einflussnahme bei der Besatzung
zu machen, insbesondere den staatlichen und städ-
tischen Beamten ungehinderte Aus- und Einreise in
Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung sofor-
zu erwirken. Zehn Millionen Menschen erhoffen
den Erfolg Ihres Schrittes.“ Der Bischof von
Bonn hat an den Papst ein Telegramm ge-
richtet, in dem er sagt: „Wir stehen inständig zu
Ihnen, daß der Herr Heiligkeit hochherzige Be-
mühungen segne und zum längerfristigen glücklichen
Erfolg führe.“

„Noch immer in Dunkel gehüllt.“

(X London, 7. Juli.

Wie Reuters erfährt, sind die Reparations-
Verhandlungen der Alliierten noch immer in
Dunkel gehüllt. Der allgemeine Eindruck
geht dahin, daß die Lage durch das Ergebnis der
geleiteten Verhandlungen nicht viel klarer
geworden ist. Wahrscheinlich werden
nach einer Konferenz der verschiedenen Regierun-
gen weitere Verhandlungen stattfinden.
Das Hauptbestreben der britischen Regie-
rung geht dahin, die Frage mit möglichst ge-
ringem Aufschub zu regeln.

„Geburtswehen eines neuen Europa“

(X London, 8. Juli.

Die ungeheure Bedeutung, die man hier den
gegenwärtigen politischen Ereignissen zumisst,
zeigt sich darin, daß ein so ernst zu nehmendes
Drama wie die Wochenchrift „Dutloot“
sagt: „Wir sind Zeugen der Geburts-
wehen eines neuen Europa.“ Von dem
Ergebnis der jetzigen Verhandlungen vertritt sich
Dutloot nicht mehr viel. Poincarés plötzliche
Antwort sei nur eine Wiederholung der abgelehnten
Erklärungen seines Botschafters. Wenn aber
der Bruch zwischen zwei Partnern unheilbar sei,
dann bleibe nichts als die Lösung übrig. Ob
es nun wollen oder nicht, Deutschland,
Italien und die kleineren Mächte seien
gezwungen, sich entweder England
oder Frankreich anzuschließen. Frank-
reich habe die kleine Entente auf seiner Seite,
deren Staaten mehr seine Interessen als seine
Bundesgenossen seien, und zwar Vassallen, die ein-
mal umgebildet werden könnten. Italien habe
sich jetzt auf Englands Seite gestellt, wozu es
durch maritime wie durch wirtschaftliche Gründe
gezwungen wurde. Über Deutschlands Haltung
sei kein Wort zu verlieren. Jedenfalls trete der
„Temps“, wenn er nach den Ereignissen im Ruhr-
gebiet glaube, Frankreich könne jederzeit eine
Entente mit England haben. England sei keines-
wegs in einer so hilflosen Lage, wie die Franzosen
annehmen. Gewiß habe Frankreich augenblicklich
gute Karten in der Hand, denn es besitze die ein-
zige Armee Europas. Wenn sich aber Frankreich,
wie dies wahrscheinlich ist, dauernd feindselig gegen
England verhalte, dann brauche man über den
endgültigen Ausgang keine Zweifel zu haben.

Ebenso findet „Nation“ die Lage so gut
wie hoffnungslos. Seit 1920 habe Europa
keine schwerere Krise erlebt, und der wahre Grund
des englisch-französischen Streits liege viel tiefer
als in der Frage des passiven Widerstandes. Seit
dem Friedensvertrag habe Frankreich keine an-
deren Ziele verfolgt, als Deutschland zu zer-
stören. Eine solche Politik könne Eng-
land aber im eigenen Interesse nicht
mitmachen. Die Wochenchrift „Spectator“
schreibt: Man näherte sich in gefährlicher Weise der
Zeit, da Deutschland seine letzte Karte ausspielen
und sich vorbehaltlos in die Hände Englands
geben werde. Dies könnte England nicht zurück-
weisen. Die Lage würde hierdurch zu einem plötz-
lichen Umschlag kommen, und zwar in einer Weise,
die Frankreich gewiß nicht wünsche. Ein in der
„Nation“ veröffentlichter Aufruf fordert zur Unter-
stützung von Geld und Lebensmitteln zur Unter-
stützung deutscher Kinder und Greise
auf.

Einstweiliges Scheitern des Schulkompromisses.

Von W. Marx, M. d. R.

Beider haben die monatelangen Verhandlungen
über den Schulgeheimturm kurz vor der großen
Pause des Reichstages ihr Ende erreicht, weil sich
ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der Auf-
fassung der Demokraten und der Zentrumspartei
gerade über das Haupt- und Kernstück der Frage
der konfessionellen Schule entwickelt hatte. Be-
kanntlich sollte nach dem Vorschlag der Kompromiß-
parteien die Begriffsbestimmung der Bekenntnis-
schulen in § 3 Abs. 2 Satz 1 lauten:

„In der Bekenntnisschule werden Kinder des
gleichen Bekenntnisses von Lehrern ihres Bekennt-
nisses im Geiste dieses Bekenntnisses
unterrichtet und erzogen.“

Im direkten Zusammenhange mit diesem Satz
sollte dann im Abs. 4 Satz 1 bestimmt werden,
daß wenn die Schulaufsichtsbehörde Tatsachen fest-
stellt, aus denen sich ergibt, daß der Lehrer einer
Bekenntnisschule die Kinder nicht im Geiste des
Bekenntnisses, für das die Schule bestimmt ist,
unterrichtet und erzieht, dann die Aufsichtsbehörde
für Abhilfe Sorge, erforderlichenfalls durch Ver-
setzung des Lehrers.

Gegen den Begriff „im Geiste dieses Bekennt-
nisses“ erhoben die Sozialdemokraten die schwer-
sten Bedenken. Sie wollten an Hand praktischer
Fälle von den Kompromißparteien eine Erklärung
darüber hören, ob Lehrer, die sich zum Beispiel
zur sozialdemokratischen Partei bekennen, oder die
in „Mischehe“ lebten, oder die ihrer Pflicht nicht
mehr genügen, als solche bezeichnet werden
sollten, die nicht mehr fähig wären, die Kinder im
Geiste des katholischen Bekenntnisses zu erziehen.
Des weiteren stellte es sich heraus, daß die Auf-
fassung der Bedeutung der Worte „im Geiste dieses
Bekenntnisses“ auf evangelischer und katholischer
Seite verschieden waren, schon weil nach evange-
lischer Auffassung unter Bekenntnis auch die Be-
kenntnisformel verstanden wird und man Bedenken
äußerte, einen evangelischen Lehrer auf die von
einer evangelischen Landeskirche festgestellte Be-
kenntnisformel festzulegen. Die Auseinander-
setzung führte zu einem sozialdemokratischen An-
trag, hinter den Worten „Lehrer ihres Bekennt-
nisses“ zuzufügen: „müßte von dem Lehrer keine
enge dogmatische Bindung verlangt werden darf.“

Bei den Demokraten neigte man dazu, diesen
Antrag anzunehmen, vom Zentrum wurde der An-
trag als völlig unannehmbar bezeichnet. Im
Laufe der von den Kompromißparteien weiter ge-
führten Verhandlungen wurden verschiedene Vor-
schläge über eine anderweitige Fassung der Be-
stimmung der Bekenntnisschule eingebracht. Von demo-
kratischer Seite wurde als äußerste Grenze des
Entgegenkommens eine Fassung bezeichnet, die da-
hin ging, statt der Worte „im Geiste des Bekennt-
nisses“ zu setzen: „unter Berücksichtigung der Eigen-
art der einzelnen Bekenntnisse“. Für das Zentrum
war diese Fassung viel zu unbestimmt und viel-
deutig. Seit jeher ist die Auffassung des Zentrums
die gewesen, daß die Bekenntnisschule gerade des-
halb als die vollkommenste Schulart zu betrachten
ist, weil sie als Einheitschule im wahren Sinne
des Wortes auf der Einheitlichkeit der Weltan-
schauung bei Lehrern und Schülern aufgebaut ist
und alle Teile des Unterrichts vom gleichen Geiste
des Bekenntnisses getragen werden, und weil sie
auf diese Weise nicht nur die beste Volksschule, son-
dern auch die vollkommenste Erziehungsschule dar-
stellt. Die Durchdringung des gesamten Unter-
richtes mit dem Geiste des Bekenntnisses ist das
Kern- und Herzstück des Begriffes der Bekenntnis-
schule, wie sie vom Zentrum und weitesten Kreisen
des katholischen Volkstums einheitlich aufgefaßt
wird. Wenn nur die Eigenart des einzelnen Be-
kenntnisses beim Unterricht und der Erziehung be-
rücksichtigt werden soll, dann gestaltet das eine
solche weitgehende Abweichung von der grundsätz-
lichen Auffassung der Bekenntnisschule, wie sie nun
einmal in der Denkweise des Zentrums fest be-
steht, daß eine solche Fassung ganz offensichtlich
unannehmbar ist.

Bedauerlicherweise hat die demokratische Frak-
tion diese überaus tolle und zweideutige Fassung
als die äußerste Grenze ihres Entgegenkommens
bezeichnet, obwohl der Kompromißantrag von einem
Mitglied der demokratischen Partei mitunterzeich-
net war. Nachdem durch beiderseitige Fraktions-
beschlüsse feststehende Tatsachen geschaffen waren,
mußten die weiteren Verhandlungen abgebrochen
werden, an eine ersprießliche Weiterberatung ist
nun nicht mehr zu denken.

Wir wollen für heute uns mit dieser knappen,
sachlichen Darstellung des Sach- und Streitver-
hältnisses begnügen. Welche Folgen das einstwei-
lige Scheitern der Kompromißverhandlungen über
das Schulgesetz nach sich ziehen wird, muß abge-
wartet werden. Für das Zentrum sind es unver-
rückbare Grundsätze, die hier zur Auswirkung kom-
men. Eine Bekenntnisschule, die nicht den An-
forderungen entspricht, wie sie seit jeher vom ka-
tholischen Volke und einem sehr großen Teile der
evangelischen Bevölkerung an die Bekenntnisschule
gekehrt werden, ist für das Zentrum einfach un-
annehmbar.

Es wird nunmehr Sache der Reichsregierung sein, aus der feststehenden Tatsache der unüberbrückten Gegensätze zwischen den beiden Parteien zureichende Folgerungen zu ziehen.

Zusammenkunft d. alliierten Ministerpräsidenten.

(Paris, 9. Juli. (Drahtbericht.) Die Sabas-agentur erfährt aus Brüssel, daß im Verlaufe der gestrigen französisch-belgischen Verhandlungen mit England möglicherweise eine Zusammenkunft zwischen den Premiers Poincaré, Thuniz und Baldwin in Aussicht steht. Ein genauer Zeitpunkt ist jedoch nicht ins Auge gefaßt.

Die entscheidende Woche.

(London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der diplomatische Korrespondent der „Sunday Times“ erzählt, daß im Laufe dieser Woche eine Entscheidung fallen werde, wenn auch noch nicht feststeht, wann Premierminister Baldwin seine lang erwartete Erklärung im Parlament abgeben werde. Der Korrespondent schreibt: Baldwin habe genug von den Unterredungen, die die Dinge nicht fördern, und habe dem französischen Ministerpräsidenten eine entscheidende Mitteilung zugehen lassen, daß der britische Fragebogen klar und ohne weiteren Verzögerung beantwortet werden müsse. Würde Poincaré, was zu erwarten sei, hierauf nicht eingehen, dann könne man darauf rechnen, daß die britische Regierung die Initiative ergreifen, und daß dann die Ereignisse sich rasch entwickeln würden.

Bei einer politischen Kundgebung in Birmingham erklärte Chamberlain, die britische Regierung sei jetzt stärker als zu der Zeit, als die Parlamentssession begann, und habe auf zahlreichen Gebieten gute, aber ruhige Arbeit geleistet. Chamberlains Bruder, der Gesundheitsminister im Kabinett Baldwin, führte aus: Die Wölfe am Horizont sei die Ruhrfrage. Es handle sich um Dinge, die nicht nur Frankreich allein angingen. So dringend auch der Wunsch Englands sei, die Freundschaft mit Frankreich aufrecht zu erhalten, so sei doch die Zeit gekommen, endgültige Schritte zu unternehmen.

Der Nuntius noch in Berlin

MTB Berlin, 7. Juli. Ueber den Verlauf des Besuchs des Nuntius Pacelli beim Reichkanzler wird, um tendenziösen Legendenbildungen entgegenzutreten, von zuverlässiger Seite mitgeteilt: Am Donnerstag ist in der Besprechung zwischen dem Reichkanzler und dem Nuntius über die Sabotageakte eine Einigung erfolgt. Am Freitag mittags von 1 bis 2 Uhr wurde eine Einigung über den Vorfall der von der deutschen Regierung auf das päpstliche Telegramm zu gebenden Antwort herbeigeführt. Mit dieser letzten Unterredung war die Besprechung der Sabotageakte zwischen beiden Persönlichkeiten beendet. Nuntius Pacelli ist, wie entgegen anderslautenden Meldungen festgestellt sei, noch heute in Berlin und wird auch heute noch mit dem Reichkanzler eine Besprechung über allgemeine politische Fragen haben.

Der neue päpstliche Schritt in Paris und Brüssel.

(Rom, 9. Juli. (Drahtbericht.)

Ueber den neuen Schritt des Papstes in Paris und Brüssel veröffentlicht der vatikanische „Observatore Romano“ folgende offizielle Darstellung: Nach Zeitungsberichten haben die französischen und die belgische Regierung wegen des Attentates gegen einen belgischen Ueberläufer bei Duisburg beschlossen, strenge Maßnahmen zu ergreifen. Nachdem der St. Vater zur Beschleunigung der erforderlichen Vernehmung die Attentate im Ruhrgebiet beobachtet und die deutsche Regierung eingeladen hatte, sich seinem Bedauern anzuschließen und alles zu vermeiden, was die Verständigung erschweren könnte, beauftragte er den apostolischen Nuntius in Paris und den päpstlichen Geschäftsträger in Brüssel, der französischen und der belgischen Regierung auszusprechen, daß der Heilige Vater hoffe, daß keine Maßnahmen ergriffen werden, die die Spannung mit ihren entsprechenden Formen noch verschärfen.

Die holländische Presse gegen die Repressalien.

(Amsterdam, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Fast die gesamte holländische Presse wendet sich scharf gegen die wegen des angeblichen Sabotageaktes bei Duisburg von den Franzosen vorgenommenen Repressalien. Sie stellt fest, daß diese Repressalien eher das Gegenteil der gewünschten Wirkung erreichen würden.

Sattlose Verdächtigungen.

(Berlin, 7. Juli. Anlässlich der vor einigen Tagen bekanntgewordenen Konzepte des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Wirth hatten verschiedene Blätter der rechten Seite den Verdacht ausgesprochen, daß die Reize im Zusammenhang stünde mit dem Telegramm des Papstes über die Sabotageakte. Von zuverlässiger Stelle wird nun erklärt, daß diese Verdächtigungen gegenstandslos sind. Dr. Wirth ist mit Mitgliedern des päpstlichen Staatssekretariats überhaupt nicht in Berührung gekommen.

Befriedigung im Vatikan.

(Rom, 8. Juli. Der Vertreter des Völkischen Telegrammbüros ist in der Lage, mitzuteilen, daß das von der deutschen Regierung über die Unterredungen des Reichskanzlers Dr. Cuno mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli herausgegebene Communiqué im Vatikan mit großer Befriedigung aufgenommen worden sei.

Gleiche Ziele Englands u. Amerikas

(London, 8. Juli.

Bei einem Festessen zu Ehren des Solicitor General fagge Churchill in einer Rede aus, er glaube sagen zu können, daß die Ansichten und Sympathien der Engländer und Amerikaner immer mehr in Übereinkunft kommen können gegenüber den schwierigen Problemen Europas seit Beendigung des Krieges. Die Engländer und Amerikaner verstanden einander und hätten kein anderes Ziel, als die Entwicklung und Wiederbefestigung Europas zu fördern und die furchtbaren Geheißnisse des Krieges zu bekämpfen, die, wenn sie

Rehrens im Reichstag.

Ergänzung des Nahrungsgesetzes. — Der wertbeständige Lohn.

(Berlin, 7. Juli.

Der Reichstag nahm gestern in später Abendstunde die neuen Steuerentwürfe in 3. Lesung an. Ein Antrag Müller-Standen, heute eine außerordentliche Debatte abzuhalten, wurde abgelehnt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand zunächst eine

Ergänzung des Nahrungsgesetzes.

Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, die erforderlichen Bestimmungen zu erlassen, um die Folgen fremder Einwirkungen auf das deutsche Privatvermögen im Wege der Entschädigung auszugleichen.

Die Vorlage wird in 3. Lesung angenommen. Angenommen wird ferner eine Entschädigung Dr. Höffe (Ztr.), die Reichsregierung zu ermächtigen, an der bisher geübten Gepflogenheit, Zeitungsarbeiter in das Beamtenverhältnis überzuführen, festzuhalten.

Abg. Erling (Ztr.) begründet dann einen Antrag, wonach der Reichstag jede Beteiligung des Reiches an der Getreide-Kredit-V.-G. ablehnt. Auf die Forderung, im Falle einer Beteiligung des Reiches eine Gewähr dafür zu bieten, daß die Brot konsumierende Bevölkerung nicht durch Preissteigerungen ausgenutzt werde, haben die Gesellschaften negativ geantwortet.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag wird zurückgestellt.

Endgültig verabschiedet wird eine Ergänzung zur Änderung des Hypothekendarlehen-Gesetzes, wodurch den Banken namentlich das Recht gegeben wird, über das bisherige Maß hinaus Pfandbriefe auszugeben.

Es folgt der Gesetzentwurf über

Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet.

Er gewährt den den Anlauf der Ruhrbesetzung Entlassenen ein gesetzliches Recht auf Wiedereinstellung. Für die weitere Dauer der Ruhrbesetzung wird eine Kündigungsfrist eingeführt. Dieser erhöhte gesetzliche Schutz wird beschränkt auf das besetzte Gebiet und die Randgebiete des Einbruchgebietes. Unter den Schutz fallen nicht nur die privaten Arbeitnehmer, sondern auch die öffentlichen Betriebe.

Abg. Esser (Ztr.) stimmt der Vorlage im ganzen zu und bringt zur Sprache, daß von Unternehmern des besetzten Gebietes leider versucht werde, den Unternehmern des besetzten Gebietes die Arbeit abzunehmen mit dem Hinweis, daß sie hundertprozentig Steuern zahlen als die Firmen im Ruhrgebiet. (Hört, hört!)

Der Antragskommissioner, wonach eine Kündigung dann möglich sein soll, wenn der Arbeitnehmer eine andere Arbeitsstelle nachgewiesen wird, deren Annahme ihm billigerweise zugestimmt werden kann, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten gestrichen. Im übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die namentliche Abstimmung über den Antrag Erling (Ztr.) über die Beteiligung des Reiches an der Getreide-Kredit-V.-G. ergibt seine Annahme mit 292 gegen 16 Stimmen mit dem Zusatzantrag, daß nur wertbeständige Kredite gegeben werden sollen.

Es folgt die gemeinsame Beratung der zur Lohn- und Währungsfrage

vorliegenden Entwürfe.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt ein Strafgesetz zum Schutze der Währung. Zur Schaffung wertbeständiger Löhne verlangen die Sozialdemokraten weiter eine Verordnung, die für die Gestaltung der Löhne von Arbeitern, Angestellten, Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden und ferner mit den entsprechenden Anforderungen

anbauten, den Genesungsprozess auf unabsehbare Zeit verhindern würden.

Bei der Unabhängigkeitsfeier in Portland betonte Präsident Harding, er hoffe, daß die englische und amerikanische Flotte dazu berufen sein werde, den Frieden der Welt aufrecht zu erhalten. An der Feier nahmen Matrosen eines englischen Kreuzers teil.

Die Lage im Einbruchgebiet.

Kohlendurchfuhr für Holland.

MTB Gelsenkirchen, 8. Juli. Nachdem auf Vorstellungen der holländischen Wirtschaftskreise die Strecke Dorsen-Süd-Gelsenkirchen-Bismarck mit Anschluß von Zeche „Holland“ freigegeben worden ist, sind die Kohlentransporte nach Holland wieder aufgenommen worden. Die Freigabe des Bahnhofs Gelsenkirchen-Bismarck tritt aber nur auf die Kohlentransporte. Lebensmittellieferungen sind dagegen von den Franzosen zurückgehalten worden. Dieses Verhalten der Franzosen steht im Gegensatz zu der Versicherung, daß Lebensmittellieferungen in keiner Weise behindert werden sollten.

Freigabe der Ausfuhr für England.

MTB Gelsenkirchen, 8. Juli. Auf Verlangen Englands hat die Besatzungsbehörde jetzt die für England bei Gelsenkirchener Firmen lagernden Fertigfabrikate und Halbfabrikate für die Ausfuhr freigegeben. Der erste Zug mit Fertigfabrikaten für England hat bereits Freitagabend die Strecke passiert.

Ein Verbot für das rote Kreuz.

(Münster, 8. Juli. Dem roten Kreuz ist das Betreten des Wittener und Weiterer Gefängnisses wiederum für 14 Tage verboten worden, angeblich wegen Ausbruchs einiger Gefangener.

Belgische Mordtaten.

(Essen, 7. Juli. In Duisburg sind mehrere Deutsche von den Belgiern erschossen worden. Den Zeitungen in Duisburg ist von der Besatzungsbehörde verboten worden, hierüber Mitteilungen zu bringen.

Verhaftung.

MTB Düsseldorf, 8. Juli. Der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Oberregierungsrat Fernies, wurde verhaftet.

Französische Soldaten verlassen die Grenzlinie.

(Münster, 9. Juli. Am 5. Juli um 3 Uhr nachmittags verließen französische Posten ohne Befehl die Sperrelinie bei Lünen-Süd. Bis 9 Uhr

für die Sozialrenten und Unterhaltungen Grundstücke aufstellt.

Schließlich erfuhr ein Antrag Marx (Ztr.) die Regierung, Vorkehrungen zu treffen, die bei fortschreitender Geldentwertung eine schnellere und bessere Anpassung der Gehälter und Löhne der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter sowie der Bezüge der Sozialrenten und sonstigen Unterstützungsberechtigten an die Geldentwertung vorsehen. Das Reichsarbeitsministerium soll die Durchführung solcher Vereinbarungen in der Privatwirtschaft fördern, den Schlichtungsausschüssen ihre Unterfertigung nahelegen und für die Verbindlichkeitserklärung solcher Verträge eintreten, sofern die übrigen Voraussetzungen für die Verbindlichkeitserklärung gegeben sind.

Der frühere Wirtschaftsminister Wiffel begründete den sozialdemokratischen Antrag. Der Zentrumstreuer Erling wies auf den Mißerfolg hin, den in Österreich die Einführung einer zentralen Inflationkommission gehabt hat. Er empfahl deshalb, es zunächst mit Einzelvereinbarungen zu versuchen. Gegen Wucher verlangte er Todesstrafe. Vertreter der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei sprachen ihre Zustimmung zu dem Zentrumsantrag aus.

Auch die Regierung stellte sich auf den Boden dieses Antrages. Reichsfinanzminister Hermes und Reichsarbeitsminister Brauns gaben kurze Erklärungen ab, in denen sie übereinstimmend betonten, daß sie sich mit dem Ziel beider Anträge einverstanden erklärten, aber gegen einzelne Forderungen des sozialdemokratischen Antrages Bedenken hätten. Minister Hermes teilte mit, daß die Aufstellung eines richtigen Wertmaßes vielleicht einer künftigen, periodisch zusammenfassenden Lohnkommission übertragen werden könne. Er wies darauf hin, daß bereits jetzt Verhandlungen mit den Reichsarbeitern über diese Frage im Gange sind, und daß die Verhandlungen mit den anderen Gruppen fortgesetzt werden würden. Der Arbeitsminister erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, die Erleichterung der Angelegenheit zu beschleunigen. Er machte darauf aufmerksam, daß die Verbesserung der Arbeitsbeschaffung bereits durchgeführt und der erste Zinssatz in der neuen Fassung bereits erschienen ist. Die Anpassung der Sozialrenten und Unterhaltungen an die Geldentwertung werde schon jetzt möglich beschleunigt. In der Privatwirtschaft müsse die Einführung wertbeständiger Löhne auf dem Wege der Tarifverträge vorgenommen werden.

Die Regierung betrachte die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft trotz des bisherigen Mißerfolges noch nicht als gescheitert. Erst wenn eine Einigung in der Zentralarbeitsgemeinschaft sich endgültig als unmöglich erwiesen habe, werde die Gesetzgebung einschreiten können.

Abg. Dr. Nieber (D. V.) beantragte Ueberweisung des Währungsantrages an den Rechtsausschuss. Die Währungsüberweisung wird beschloffen. Abg. Tremmel (Ztr.) beantragte, die ersten vier Punkte des sozialdemokratischen Lohnantrages der Regierung zu weiteren Verhandlungen mit den Eigenorganisationen zu überweisen. Das Haus beschloß so. Der 6. Absatz des Antrages (Reichsaufträge nur an Firmen mit wertbeständigen Löhnen) wird gegen die Rechte angenommen.

Der Antrag Marx (Ztr.) wird fast einstimmig angenommen.

Es folgen die sozialdemokratischen und deutschen nationalen Anträge, die sich gegen Maßnahmen der bayerischen und preussischen Regierung wenden, durch die die innere Geschlossenheit des Volkes gestört werde.

Der Präsident erhielt sodann die Ermächtigung, die nächste Sitzung selbst zu bestimmen, da bei der jetzigen politischen Lage die Ferien sich kaum bis Mitte Oktober werden ausdehnen lassen.

Abends war der Grenzverkehr frei. Um 9 Uhr

abends neu-erschene Posten schloßen rückstandslos auf alle Passanten. Verluste sind bisher nicht bekannt geworden.

Eine französische Telefonleitung durchschnitten.

(Offenburg, 8. Juli. (Eig. Drahtb.) In der letzten Nacht wurde hier eine von den Franzosen eingenommene Telefonleitung von unbekannten Tätern zerschnitten, und zwar in einer Zwischenpause der Patrouillengänge der Wachposten, welche hier von der freiwilligen Feuerwehr gestellt wird.

Neue Taten der Einbrecherjustiz.

(Mitten, 8. Juli. Das Kriegsgericht in Mitten verurteilte gestern den Direktor Karl Marx von den Phoenix-Werken in Hörde wegen angeblichen Schmuggels zu drei Monaten Gefängnis und einer Million Mark Geldstrafe.

(Dortmund, 8. Juli. (Eig. Drahtb.) Das Militärpolizeigericht der 3. französischen Infanteriedivision verurteilte gegen die Postkutschefingerhut und Weinbrenner sowie gegen den Telegraphenarbeiter Wulff aus Dortmund Weinbrenner wurde zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, Fingerhut zu 5 Jahren Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verleitung eines französischen Zeitungsträgers wurde der Brauerarbeiter Rolf aus Dortmund zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Die Kaufleute Goche, Schulz, Reineke und Wiemer aus Dortmund wurden wegen Verleitung zweier französischer Offiziere zu je 1 Million Mark Geldstrafe und 1 Monat Gefängnis verurteilt, davon drei Wochen durch die Untersuchungshaft verurteilt sind.

MTB Dortmund, 8. Juli. Die Ausweisung des 82 Jahre alten Kommerzienrates Müllen-stein aus Mitten ist zurückgenommen worden.

(Dortmund, 8. Juli. Infolge sind uns bisher durch Inhaftierung und Ausweisung bereits sechs Magistratsmitglieder genommen worden.

(Stadde, 7. Juli. Dienstagabend wurde der hiesige Pfarrer Essing von den Belgiern verhaftet. Pfarrer Essing hatte in seinem Garten einen Garten und bei dieser Gelegenheit junge Mädchen, die im anknappenden Busch grüßten, zur Ruhe ermahnt und sich dann in seine Wohnung begeben. Während der Verhaftung wurde ein fünfjähriger Knabe in den Busch geschleift, der Pfarrer habe zuerst auf Belgier im Busch einen Schuß abgegeben, worauf diese mit fünf Schüssen erwidert hätten. Pfarrer Essing wurde zur Kommandantur geführt und mußte dort die Nacht verbringen. Bei

einer Durchsicherung des Warchaues wurden maßlos keine Waffen gefunden, dagegen hatte Wilmar, ein Mann eine Kustsche in seinem Zimmer, die gelegentlich von Vereinen benutzt wird. Er übergab diese den Belgiern, die ihn daraufhin auch verhafteten. Gestern wurden die beiden Herren vorübergehend freigelassen, um abends erneut festgenommen zu werden.

Kleine Nachrichten.

(Berlin, 7. Juli. Die Streiklage in der Berliner Metallindustrie hat heute keine wesentliche Veränderung erfahren.

(Berlin, 8. Juli. Der Reichsverband für den künftigen Ausschuss des Reichsverbandes hat zu einer Sitzung am 18. Juli einberufen. Gegenstand der Tagesordnung ist die Anpassung der Tarife an die Geldentwertung.

Die Erhöhung der Zulagekassen.

(Berlin, 7. Juli. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten und Angestellten haben heute mittags zu einer Verständigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 23 Prozent ab 1. Juli erhöht, die Familienzulage beträgt monatlich fünfzig 166 000 M.

Die Frage der britischen Sonderzuschläge.

(Berlin, 7. Juli. Im Reichsfinanzministerium fand am Freitag eine Besprechung mit den Ländern und Regierungen über die Frage der britischen Sonderzuschläge an Orten mit besonders schwierigen Verhältnissen statt. Da die Behandlung der Frage für das ganze Reichsgebiet längere Zeit erfordert, andererseits die Regelung im besetzten Gebiet und Einbruchgebiet sowie in den angrenzenden Gebieten baldmöglichst erfolgen muß, sollen zunächst die letztgenannten Gebiete vorwegbehandelt werden. Im Anschluß hieran soll alsbald die Frage der britischen Sonderzuschläge für die übrigen Reichsgebiete erneut geprüft werden.

Englische Willkürherrschaft für die deutschen Studenten.

(Dresden, 8. Juli. Bei der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft ist eine Spende des englischen Universitäts Committee von 2000 Pfund zur Linderung der Notlage der deutschen Studentenschaft eingegangen.

Millerand wiederholt die alten Geflügel.

(Paris, 9. Juli. (Eig. Drahtb.) Bei einer gestern in Clermont-Ferrand abgehaltenen Besprechung zum 300. Geburtstag des Philosophen Pascal hielt der Präsident Millerand eine Rede, in der er auch auf die Ruhrfrage zu sprechen kam. Er sagte: Frankreich habe durch enorme Opfer in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten den Sieg errungen. Die Schladten seien zu Ende, aber der Sieg sei noch nicht gesichert, da man durch List und Betrug (H) den Franzosen ihren Erfolg streitig zu machen suche. Frankreich wolle zum mindesten die Wiederherstellung seiner zerstörten Gebiete, diejenigen, die den Krieg entfesselt, büßen ihre Zahlungen nicht verweigern. Aber man müsse ebenso wie im Kriege bis zu Ende aushalten, das heiße eine Viertelstunde länger als der Gegner.

Ein auffälliger Wahlsieg in Frankreich.

(Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei einer Erstwahl zum Senat in Norika wurde heute der zur Republikanischen Partei gehörende Parfümerie-Industrielle Coty gewählt. Coty ist Kandidat des „Figaro“ und hat vor einiger Zeit mit einem mit drei Sternen gekennzeichneten Figaro-Artikel gegen den Präsidenten Millerand großes Aufsehen erregt.

Der Verfassungsrat als Rhein- und Ruhrtag.

(Berlin, 8. Juli. Wegen der Feier des Verfassungstages ist die Reichsregierung laut einer amtlichen Mitteilung mit den Landesregierungen bereits in Verbindung getreten. Die Feier soll diesmal mit einem Rhein- und Ruhrtag verbunden werden. Es soll den Gefühlen der Gesetzkraft Deutschlands, des Dankes an die leidenden Brüder im Westen und des festen Entschlusses, Rhein und Ruhr für unser Vaterland zu erhalten, im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bekenntnis zum Staat und seiner Verfassung starken Ausdruck geben.

Der Völkerbundrat für Abzug der französischen Saartruppen.

(Genf, 7. Juli. Der Völkerbundrat faßte heute eine Entscheidung über die Saarfrage, in der er den Charakter der Regierungskommission im Saargebiet als Vertreter des Völkerbundrates und ihre kollektive Verantwortung feststellte, sowie die Erwartung auf Aufhebung der Ausnahmemaßnahmen zu geöffneter Zeit ausdrückte. Die Gründe für die Einführung der Franzosenwährung anerkennt und den Ausbau der lokalen Gendarmerie, die saur. Vertrag an die Stelle der fremden Garnisonen tritt, empfiehlt. Der Rat sichert der Regierungskommission seine Unterstützung bei ihren weiteren Aufgaben zu.

Der Völkerbundrat schloß heute auch die große Danzig-polnische Debatte vom Mittwoch ab, indem er die inzwischen vom spanischen Reichspräsidenten Dámaso de León ausgearbeiteten Vorlesungen genehmigte, die auf Ablehnung der polnischen Forderungen hinausgehen und im allgemeinen der vom Völkerbundskommissar und der Freien Stadt Danzig vertretenen Auffassung vollkommen gerecht werden.

Ein politischer Mord?

MTB Bochum, 8. Juli. Ueber den kürzlich gemeldeten Selbstmord in Bochum-Grunde bringt die „Westfälische Volkszeitung“ noch folgende Einzelheiten: Die Obduktion der Leiche hat ergeben, daß der Tod durch einen Schuß in den Hinterkopf verursacht worden ist. Da man an der Wunde des Toten ein Hakenkreuz gefunden hat, ist anzunehmen, daß es sich um einen politischen Mord handelt. Es war noch nicht möglich, die Personalien festzustellen, da in den Kleibern keinerlei Papiere gefunden worden sind. Die Mörder wollten anscheinend einen Raubmord vorantreiben; der Kopf lag nämlich auf einem Tausendmarktschein, ferner fand man vor der Leiche zwei fünfzigmarktscheine. Die Merkmale der Körperbeschaffenheit lassen darauf schließen, daß es sich um einen Angehörigen aus besseren Kreisen handelt. Auffallend ist, daß sich noch niemand gemeldet hat, der ein Glied seiner Familie vermisst. Es ist daher anzunehmen, daß der Ermordete von auswärts kam.

* Referendarprüfung. Vor der Prüfungskommission bei dem Oberlandesgericht Hamm haben folgende Rechtskandidaten der Universität Münster die erste juristische (Referendar-) Prüfung bestanden: am 3. d. Mts. Siegfried Klauer aus Dortmund, Heinrich Rüther aus Lippsstadt, Claus Seibert aus Hamm, Albert Quentinn aus Münster, Heinrich Bogelsang aus Bielefeld, am 6. d. Mts. Eduard Wumenthal aus Essen, Paul Eud aus Hohenbühren, Walter Schulte-Wintung aus Minden, Fritz Frielinghaus aus Vorhalle bei Hagen. Ein Kandidat hat nicht bestanden. Klauer, Rüther und Seibert erhielten das Prädikat „gut“.

* **Geriichts- und Notariatsgebühren.** Der Antik-Preussische Prebendist schreibt: Die Gebühren der Gerichte in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie die Notariatsgebühren sind mit Rücksicht auf die in letzter Zeit eingetretene erhebliche Entwertung des Geldes durch eine vom Staatsministerium am 3. Juli 1923 erlassene Verordnung mit Wirkung vom 16. Juli 1923 ab erhöht worden. Die Erhöhungen betragen durchschnittlich 33 1/2 v. H. Diese Sätze werden indes voraussichtlich nicht lange in Geltung bleiben. Bei dem ständigen Fortschreiten der Geldentwertung ist in kürzester Frist mit einer weiteren wesentlichen Erhöhung der Gebühren zu rechnen. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits im Angriff genommen.

* Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preise von 550 000 M. für ein Grammgoldstück und 275 000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Verkauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt zum 11000fachen Betrage des Nennwertes.

* **Weiß. Milchpreisausschuss.** Der vom R. M. A. eingeleitete Unterausschuss hat in seiner Sitzung vom 5. 7. 23 folgendes beschloffen: Der Milchpreis wird vom jetzt ab viermal monatlich, und zwar jeeweile für die Zeit vom 1.—8., 9.—16., 17.—23. und 24. bis letzten des Monats festgesetzt. Als Preis wird 9 Prozent des Butterpreises aus den seit der letzten Festsetzung vorliegenden Durchschnittsnotierungen der Notierungsplätze Berlin, Köln, Hamburg errechnet. Zu dem so gefundenen Erzeugerpreis, der auf volle Hundert abgerundet wird, tritt ein Unterschlupf

für die Molterien von 20 Prozent. Für die Zeit vom 9. bis einschl. 16. 7. ist festgesetzt: Durchschnittspreis 30 200 M, hiervon 9 Prozent = 2700 M Erzeugerpreis ab Stall; hierzu 20 Prozent = 540 M Unkostenzuschlag für Molterien, also Preis ab Station 3240 M pro Liter. Die Lebenshaltungskosten für die sich nach amtliden Berechnungen für den 1. Juli auf 16 180. Die Sicherung gegenüber der Vorrats (11 785) beträgt somit 37,3 Prozent.

Die Polizeiverordnung für Gastwirtschaften.
 Vom Oberpräsident wird uns geschrieben: Durch
 den Antisiten preßlichen Pressedienst ist in den
 letzten Tagen der weitestläufige Inhalt einer ge-
 meinamen Verordnung des Innenministers, des
 Handelsministers und des Ministers für Volks-
 wirtschaft veröffentlicht worden, die zur Ausführung
 des Reichsnotengesetzes vom 24. Februar 1923 er-
 gangen ist und die Schankerlaubnis, die Polizei-
 stunde und den Schutz der Jugendlichen vor Alkohohl
 und Nikotin betrifft. Am Zerstörer zu vermeiden,
 sei darauf hingewiesen, daß die ministerielle Ver-
 ordnung im wesentlichen nur Richtlinien für die
 Behörden enthält und dadurch die Gelligkeit der
 Polizeiverordnung des Oberpräsidenten betr. die
 Festsetzung der Polizeistunde in Betrieben der
 Gast- und Schantwirtschaften sowie den Verkehr
 mit geistigen Getränken und die Veranstaltung von
 Vergnügungen in der Fassung der Verordnung
 vom 4. Mai 1923 nicht berührt wird. Ihre Bestim-
 mungen bleiben bis auf weiteres maßgebend. In-
 soweit diese Polizeiverordnung nach der neuen
 ministeriellen Verordnung einer Änderung bedarf,
 wird ersucht.

* **Nordfischen, 7. Juli.** Ein sportliches Ereignis ersten Ranges verspricht das am Sonntag, den 15. Juli, auf der Rennbahn in den Anlagen des herzoglichen Schlosses stattfindende diesjährige Pferderennen, des Kreisprederewereins Lüdinghausen zu werden. Zahlreiche Nennungen sind hierzu bereits erfolgt. U. a. wird am Start erscheinen der älteste Herrenreiter Deutschlands der 84 Jahre alte Herr Anton Bломментер aus Lüdinghausen.

Kindesmordes wurde die Dienstmagd Ida Schulz von hier (gebürtig aus dem Kreise Schneidemühl) vom Schwurgericht in Dortmund freigesprochen und nur der fahrlässigen Tötung

Der frühlich gefundnen.
 * Brilon, 8. Juli. Eine Schrecken-
 s- und verberbeitete sich am Donnerstag nachmittags
 gleich einem Lauffeuer in unserer Stadt. Der
 Landwirt Brambring an der Derferkauer-
 war nachmittags in seiner Wohnung tot a-
 gefunden, nachdem er morgens noch die Kühe
 auf die Weide getrieben hatte; angeblich sollte er
 erstickten worden sein. Die Angehörigen hatten
 nachdem sie die Leiche gefunden, zum Kranken-
 hause geschickt, um eine Schwester kommen zu las-
 sen, da der 64jährige Vater einen Schlaganfall
 erlitten hatte. Die Schwester benachrichtigte sofort
 den Assistenzarzt Dr. Borgmann, der sich nach der

Beobachtung des Toten begab, wo er feststellte, daß hier kein Schlaganfall in Frage kommen konnte, sondern gewaltsame Tötung, und zwar war der Tod infolge einer nicht wiedergugehenden schon vorherbestehenden Verletzung herbeigeführt worden. Demnach weiter hinzuzuerufen leitende Arzt des hiesigen Krankenhauses, Herr Dr. Dorfs, beauftragte die Feststellungen des Assistenzarztes und benachrichtigte die Polizei und die Staatsanwaltschaft. Da Teile der Leiche schienen, wurde der Fundort des Toten erschlossen, und in dem Mageninhalt des Tieres wurden die fehlenden Teile gefunden. Ungefragt bei der ganzen Sache ist, daß die Nachbarn nicht das Geringste gehört haben. Auch von den Angehörigen will niemand etwas gehört oder gehört haben. Die sofort mit offnem Nachdruck vorgenommene Untersuchung werthoßenfich Licht in die ganze Angelegenheit bringen.

(-Euerl. Rita -)

* Steinbäuer, 7. Juli. Tödlicher Unfall. Ein furchtbares Schicksal ereignete sich in einer hiesigen Lehmgrube den Arbeiter Joseph Wollmer von hier. Er war damit beschäftigt, aus der hohen Lehmwand Lehm zu haben, als diese plötzlich nachgab und den Bedauernswerten unter sich begrub. Treppchen hölz. Hilfe an. Stellung war, konnte er laut „Euerl.“ „G.“ nur noch als Leiche mit gebrochenen Gliedern und gebrochenen Äußerer unter der schweren Masse hervorgeholt

* Golenberg b. Marburg, 7. Juli. Das Ge
wehr in Kinderhand. Ein bei einem War
burger Rechtsanwalt beschäftigter Schreiber lie
bte die Tage ein geladenes Jagdgewehr unachtsamer

weise in einem Zimmer liegen. Ein zwölfjähriger Knabe legte, um zu scherzen, auf einen 15jährigen Burthen an; das Gewehr ging los, und die Kugel ging dem Knaben gleich ins Gehirn. Nach kurzer Zeit verschied er.

* **Münster, 7. Juli.** Vertriebene Eisenbahner in Münster. In der letzten Woche sind täglich bis zu 200 ausgewiesene Personen in Münster eingetroffen. So wird auch am Montag, den 9. Juli, ein Massentransport von 800 Personen aus Duisburg erwartet. An die Bürgerschaft, namentlich die Gasthäuser, ergicht deshalb die dringende Bitte um Bereitstellung von Quartieren. Anmeldungen von reservierten Zimmern werden im Reichsbahndirektionsgebäude entgegengenommen.

Münster, 8. Juli. Um die gefühlte Dom-Monstranz werden die selbstmännlichen Gerichte und Wärdchen gesponnen. In der Stadt und im Münsterlande werden ganze Romane erzählt, die aber nur in der Fantasie beruhen. Tatsache ist, daß jetzt den von uns mitgeteilten Ermittlungen sich nichts Weiteres ereignet hat. Vor allem ist die Nachricht, die Monstranz sei gefunden, falsch. Der einzige bisher Verhaftete wurde Freitag vormittag in das Untersuchungsgefängnis am Neupfah gebracht. Selbstverständlich gehen die Ermittlungen mit Nachdruck weiter.

Der Brand, 7. Zult. Vorgerichtet wurde 8,15 Uhr entstand in der Kfz-Anlage der Feste „Präsident“ Schacht 1/4 eine Explosion der Benzolgas, die zwei Märieche und das Gas in den Abfuhrrohren von der Kfzerei zu den Schammeichen in Brand setzte. Es wurden hintereinander zwei Detonationen vernommen, worauf nach einiger Zeit haushohe Flammen in die Luft schossen. Diefelge schwarze Rauchwolken quollen von den Teichen auf und verdunkelten die Gegend. Darin mischte sich grüner Naalm, der dem Kanal entstieg. Tausende von Menschen strömten von allen Seiten herbei und schauten von den Einfuhrbäden und den angrenzenden Wiesen dem Schaubiel zu. Die städtische Feuerwehr war bald zur Stelle, und es gelang ihr, mit der Motorspritze um 9 Uhr den Brand auf den beiden Märieichen zu löschen. Größte Schwierigkeiten bereichte der Brand der Gasse in der Kanal-anlage. Man versuchte, ihn mit Sand zu erlösch; bis 10 Uhr war dies jedoch noch nicht gelungen. Unabsehbar loderte aus einer Öffnung eine starke Flamme. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

den 22. Jahre alt Kaufmann Heinrich Wegmann aus Böttrop wegen verurtheilter schwerer Erpressung zu 9 Monaten Gefängnis. Der zweimal vorbestrafte Angeklagte hatte Briefe beispielsweise dreifachen Inhalts an seinen Onkel, den Kaufmann Gottbrath in Buer, gerichtet, in denen er die Niederlegung einer halben Million Mark an einer näher bezeichneten Stelle im Walde forderte, widrigenfalls eine geheime Gesellschaft seine Häuser in Brand stecken und seine Pferde mit Arsenik vergiften werde.

U Zugszusammenstoß in Berlin. Berlin, 8. Juli. Auf dem Ringbahnhof Papestrasse wurden bei einem Zugszusammenstoß zwei Personen schwer und 60 leichter verletzt.

London, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Neuterbüro meldet aus Wellington (Neuseeland): Bei einer Eisenbahnkatastrophe sind 12 Personen getötet und 38 Personen verletzt worden.

22 Eine Tragödie im Bergwerk. Unter ganz besonders traurigen Umständen haben zwei englische Bergleute ihr Leben eingebracht. Man fand sie beide leblos im Schacht, und in der Nähe des letzten Lag ein mit Bleisift gefüllte Zettel. Es stellte sich heraus, daß die Bergleute Sprengungen vorzunehmen hatten. Durch die Unvorsichtigkeit des einen ging der Sprengschuß vorzeitig los und tödtete den zweiten Bergmann auf der Stelle. Als dem ersten die Unglücksstat zum Bewußtsein kam, lud er von neuem Kabel und Batterie, steckte den Detonator in den Mund, enterte sich damit etwa 40 Meter von dem verunglückten Kameraden und ließ sich selbst unter furchtlichen Verheerungen töten. Auf dem vorgefundenen Zettel stand geschrieben: „Um mich vor Gewissensbissen zu retten, nehme ich mir das Leben. Aber ich schwöre, daß ich durch einen unglücklichen Zufall meinen Kameraden getödtet habe.“ Die Untersuchung ergab, daß der erste Sprengschuß tatsächlich aus Versehen zu früh losgegangen sein muß, und daß der unglückliche Bergmann aus Gram darüber sich das Leben genommen hat. Beide waren verheirathet und Väter mehrerer Kinder.

:: Drei Frauen zum Tode verurteilt. Es ist eine Seltenheit in der Geschichte des Strafrechts, daß fast zur gleichen Zeit von zwei denselben Schwurgerichten gegen drei weibliche Angeklagte das Todesurteil ausgesprochen wurde. Das Schwurgericht in Schwelmink verurteilte die Witwe Walter und die Arbeiterin Frau Nehmer zum Tode. Frau Nehmer hatte ihre Freundin Walter, die in schlechter Ehe mit einem 63jährigen Manne lebte, zum Gartenmord angeklagt, worauf die junge Frau ihren Mann tatächlich mit Gas giftig hatte. — Das Schwurgericht in Bries verurteilte die Witwe Richter, die im Februar ihren Mann erschossen hatte, zum Tode; der Buchhalter Reth, der ihr bei dem Mord geholfen hatte, wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Briefmarkensammeltertagung in Dresden. Ein Welttag für Briefmarken- und Postgeldsammler wurde in Dresden mit einer Ausstellung in den Räumen der Dresdener Kaufmannschaft eröffnet. In drei Sälen ist eine außerordentlich reichhaltige Ausstellung über Briefmarken und Postgeld vereinigt. Besonders Interesse erregt eine Sammlung kurzfristiger Erlasse und aller möglichen Manuskripte, sowie einer Reihe von Postformularen aus ältester Zeit, bis ins 17. Jahrhundert zurückreichend.

Orlane und Waldbände in Canaba. Ein
:ran, der dieser Tage über die canadische Ein-
schadawan dahin gebräust ist, hat ungeheure
Schaden angerichtet und auch Verluste an Men-
schenleben verursacht. In der Nähe von Rose-
ton wurden mehrere kleine Hüften über 100
Meter weit durch die Luft getrieben. Daneben
mühen in den Wäldern z. B. von New Brunst-
rige Brände, die bereits einen Schaden von
hundert Millionen Dollars angerichtet haben. In
den letzten Tagen vorwiegend einziehende Regen-
güsse erst haben die Waldbrände teilweise ge-
löst. Heftige Meldungen über ein in diese
Zabrezeit ungewöhnliches Wüten der Element-
liegen aus anderen Teilen des Dominions Ca-
nada vor.

Beginn des deutschen Turnfestes.
) Berlin, 7. Juli. Das 13. Deutsche Turnfest hat heute bei prächtigem Sommerwetter seinen Anfang genommen. Mit dem heutigen Tage feiert

Die sogenannte Vorwoche ein, die in der Hauptsache den Münchener Turnern und der Münchener Bevölkerung vorbehalten ist, die später bei dem Massenandrang auswärtiger Gäste nicht mehr die Möglichkeit haben wird, zu den großen Vorübungen in der Festhalle usw. Zutritt zu erhalten. Heute nachmittag fand auf der im stiftenden Sonnenbrand liegenden Thierchemie die erste turnerische Veranstaltung statt durch den Turnwart der Münchener Mittelschulen, die mehr als 10.000 Freitübenden turnten und allgemeine Freitübungen, Gerätübungen und Spiele zeigten und damit im großen den turnerischen Betrieb der Münchener Mittelschulen darboten.

Warnung vor dem Zustrom zum Deutschen Turnfest.
In der Münchener Presse werden Reiselustige, die nicht mit dem vom 7. bis 22. Juli in München statt-

Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Düsseldorf. Die außerordentliche Hauptversammlung, in der 52 Aktionäre 203 321 800 Aktien veritaten, genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 auf 600 Mill.

und die entsprechenden Zahlungsänderungen gegen 170 Stimmen, die von zwei Aktionären vertreten wurden. Der Vorsitzende gab einen Überblick über die Vorgeschichte des mit der holländischen Gruppe abgeschlossenen Vertrages. Er begründete die Notwendigkeit des Vertrages damit, daß sich infolge der passiven Abneigung, in der sich der Hönig seit Monaten befinde, dessen Schulden außerordentlich gewachsen seien, denen nun Vorräte von zweifelhaftem Wert gegenüberstünden. Um die Arbeiter nicht auf die Straße zu setzen, sei die Produktion aufrechterhalten worden, ohne indes für die Erzeugnisse ausreichenden Absatz zu finden. Es handelte sich darum, große Geldrücklagen zu schaffen, um für spätere Fälle gerüstet zu sein. Dafür seien vorläufige Wege in Betracht gekommen. Einmal hätte man junge Aktien ausgeben können, aber nur mit so hohem Verzugszins, daß ein Teil der alten Aktionäre sich nicht hätte beziehen können. Der Preis hätte vielleicht 2-4 Mill. betragen. Der zweite Weg eines guten deutschen Bankkredit zu erhalten, der in der Lage der Dinge der Zeit nicht einklang, wurde schließlich verworfen. Man habe sich mit einer holländischen Bankengruppe durch holländische Freunde des Hönig einen 10-jährigen, großzügigen Kredit bewirkt und den Plan, der diesem Kredit zur Grundlage diene, nach allen Seiten auf die deutschen Interessen des Hönig geprüft. Auch die amfälligen deutschen Stellen hätten erklärt, daß die deutschen Interessen genahrt blieben, und daß keine Marktlücke oder Kapitalabwanderung nach dem Ausland zu befürchten sei.

zischen Maßnahmen vorliegen. Ebenfalls seien auch die Interessen der deutschen Aktionäre nicht berücksichtigt, zumal da die Mehrheitsverhältnisse dieselben bisher beibehalt. Die Einzelheiten des Verzugs läßt der Generaldirektor folgendes aus: Die kolonialische Bankengruppe verfielte dem Priorität einen Kredit von bis zu 10 Mill. Reichsmark bis zu fünf Jahren, der mit 1 Prozent über dem holländischen Diskontsatz zu verzinsen ist, und für den eine jährliche Verzinsungsprämie von 1 Prozent zu zahlen ist, die aber abgesetzt werden kann. Der Kredit wird mit folgendem Abzins abgezinst, d. h., wenn die Verhältnisse im Ausland gebiet sich günstig ändern, und dort eine Aufwärtsbewegung der Kurse eintritt, so wird der Kredit auf

Verhältnisse für die Aktionäre erhält aber dafür als Pfand die jetzt neu geschaffenen 800 Mill. Pfennig-Aktien. Die 800 Mill. Pfennig-Aktien werden in eine holländische Gesellschaft eingebracht, die ein Kapital von 30 Vorzugsaktien zu je 1000 Gulden, mit 5 Prozent Zinsverpflichtung, und 30 000 Stammaktien zu je 30 Gulden erhält. Den Vorzugsaktien gehen an drei Aktionäre des Pfand und zwei holländische Bankiers, wobei der Pfand die Aktien der holländischen Gesellschaft, die den 30 Vorzugsaktien holländische Gesellschaft besitzt, während die Stammaktien an drei holländische Gruppe gehen. Die Verrentung der neuen Aktien darf nur wie folgt geschehen: 1. zur Befriedigung der Kreditgeber durch Verkauf der Aktien an

reinen Markt, falls der Kredit notwendig geworden ist, zur Deckung des Kapitalbedarfs beim Phönix, eben falls durch Verkauf im freien Markt nach vorheriger Verständigung mit der Verwaltung, 3. zur Angliederung zweier des Phönix im Einverständnis der Verwaltung und 4. zur Gewährung eines Bezugsrechts an die Aktionäre des Phönix auf diese Aktien. Die holländische Gruppe ist verpflichtet, nach Ablauf von fünf Jahren nach Ablösung des Kredits ein Bezugsrecht zu gewähren, dagegen steht es ihr frei, ob sie den Aktionären des Phönix auf die Phönix-Aktien ein Bezugsrecht im Verhältnis von 1 zu 1 oder auf die Aktien ihres eigenen holländischen Unternehmens im Verhältnis von 1 zu 1 (S. 6. auf 10 Phönix-Aktien 1 Stammaktie zu 10 Gulden) einräumen will. Zahl und Kurs der anzubietenden Aktien sind im Befehden mit der Verwaltung des Phönix noch zu vereinbaren. Eine andere Verwendung der Aktien ist ausgeschlossen. Das Konjunktum selbst verdient an den ganzen Kapitalmaßnahmen nur die ihm zukommenden Zinsen, Gebühren und Geschäftskosten; die jeweils aus der Dividende der Phönix-Aktien bestritten werden sollen, während ein einziger Ueberschuß aus der Dividendenabgabung und dem freien Verkauf der Aktien an den Phönix zurückfließen soll, so daß praktisch das Dividendenrecht der Aktien für Holland ruht. — Der Aktionär Dr. Tenhaeff nahm Stellung gegen die Ausführungen der Verwaltung, weil sich daraus nicht ohne weiteres ein klares Bild der von den Aktionären

übernehmen Pflichten und Lasten gemeinsam zu tragen und rügte, daß die Einzelheiten dieser für den Phönizier und auch für die weitere Öffentlichkeit doch zu außerordentlich bemerkenswerten Vorgänge nicht vorher bekanntgegeben worden seien. Er streifte kurz das Verhältnis des Phöniz zu Hirma Otto Wolff, meinte, der Phöniz hätte ebenso wie der Stines u. Co. A. G. die Möglichkeit einer Kapitalanleihe aufnehmen können und beantragte, das Aktienloos ein Bezugsrecht mehrheitlich aus einem Teil der jungen Aktien zu ernähren. Die Vermutung widerlegte dem, und Kapitalerhöhung und Verfall wurden, wie oben angegeben, gemäß den Angaben der Verwaltung gegen die 70 Stimmen zweifelhafte angenommen mit der Maßgabe, daß die Gesellschaft bei der Durchführung der Verwaltung zu überfallen sei. Dr. Koller trägt die Geschäftsleitung auf eine Anfrage Tenhoffs, was mit den 25 Mill. aus der letzten Kapitalerhöhung verbleiben. Aktien inzulassen, gegenwärtigen sei, verweigerte die Verwaltung die Auskunft mit der Begründung, daß ein derartiges Auskunftsgesuch

nennen nicht auf der Tagesordnung stehe.
Herr Dr. Stollwerk (A. B.) in Köln. In den Gerichten über einen solchen Streit zwischen der Gesellschaft und einem einzelnen Unternehmer, wie es sich in den oben bezeichneten Unternehmen verläuft, ist die Verwaltung gelangt, daß zwar allerhand Anträge über die Verwaltung gelangt sind, erstliche Verhandlungen über diese Angelegenheit aber noch nicht gepflogen wurden. Stollwerk ist und bleibe selbstständig. Auch die Gerichte über einen bevorstehenden Zusammenschluß der Societät A. B. ist vollkommen und nur darauf zurückzuführen, daß die Berliner, Inhabin von Stollwerk, die eingekommenen 8 Schichten Tag und Nacht arbeitet einen Teil ihrer Aufträge der Societät A. B. zur Erleichterung übertragen habe. Die Stammaktionen des Unternehmens werden am heutigen Montag zum erstenmal der Berliner Werke amtlich notiert. Trotz der schwierigen Verhältnisse habe das Unternehmen sehr zufriedenstellend gearbeitet und werde für am 30. Juni a. d. nächsten Monats die Gesellschaft günstig abschließen. Das zweite Unternehmen in Wien habe nach reichlichen Abschreibungen 100 Prozent in österreichischen Kronen, jenes in Preßburg 15 Prozent in österreichischen Kronen als Dividende ausgeschüttet; da die Aktien dieser beiden Unternehmen im alleinigen Besitz des Kaiserlichen Stammes liegen, bildet diese Ausschüttung für dieses einen sehr

Veranlassung der Bankrott-Verurteilung. In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 150 Prozent festgesetzt. Ueber die Einnahmen wurde mitgeteilt, daß die laufende Geschäftstätigkeit sich jetzt zufriedenstellend entwickelt habe, wenn auch bei den jetzigen unsicheren Verhältnissen keine bestimmte Vorauslagen gemacht werden können. Es läßt sich doch die Verwirklichung vertrauensvoll erwarten.

Disch-Gegeßlichkeit. Berlin, 6. Juli. Heute fand die Sitzung des Aufsichtsrates der Disch-Gegeßlichkeit statt. Auf Vorschlag der Geschäftsleitung wurde

enden Turnen in Verbindung stehen, geradezu bevorzugt, während der erwähnten Zeit nach München kommen. Schon jetzt sind manche Lebensmittel überhaupt kaum mehr aufzutreiben. In einem Schreiben, das der Münchner Stadtrat an das Landwirtschaftsministerium richtet, heißt es: „Bezieht sich schon die Verlangung der Beweidung Wäldern unmittelbar Schwierigkeiten, so daß gerade noch der notwenigste Bedarf gedeckt werden kann. So sieht die durch die Fremden stark vermehrte Verbraucherzahl die Verlangung der Stolz mit Fleisch für Juli und August als billiger ausfindig erscheinen. Die Verhältnisse, die der große Fremdenstrom mit sich bringen wird, berühren umbelegt eine Hoffendange und erschöpfen andere wichtige Maßnahmen. Ein wichtiges Mittel für die Befriedigung der Bedürfnisse des äußeren Verkehrs kann nur in der Bekämpfung der Wachstumsverhältnisse liegen. Das Ministerium wird daher gebeten, nach dieser Richtung die nötigen Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen.“

Die Dividende der Generalversammlung über die Verteilung einer Dividende von 250 Prozent (20 Prozent) in Vorschlag zu bringen. Der Gesamtumsatz von einer Seite der Hauptkassen betrug 10,70 Billionen (gegenüber 14,45 Billionen im Vorjahr). Der Gesamtumsatz der Kassen der Reichsbank im Ausland und des Reichsbankgeschäftsbereichs betrug 13,12 Billionen (gegenüber 13,68 Billionen im Vorjahr). Der Gesamtumsatz der Kassen der Reichsbank betrug 13,12 Billionen (gegenüber 13,68 Billionen im Vorjahr). Der Gesamtumsatz der Kassen der Reichsbank betrug 13,12 Billionen (gegenüber 13,68 Billionen im Vorjahr).

[illegible]

Der Benzolverbrauch hat mit Wirkung ab Montag, 3. Juli 1923, den Kleinverkaufspreis für gereinigtes B. N. Motorenbenzol auf 15 000 Mark für 1 Kilo ab Hauptverkaufsstelle, festgesetzt.

Die Erhebung der neuen fünfprozentigen Dollarwertanteile der Freien Hansestadt Bremen ist in letzter Stunde infolge Einspruchs des Reichsfinanzministeriums verschoben worden. Die bereits angehängte Zeichnung auf die Anteile findet daher nicht statt.

Neue Preise der Kesselnkopfabwertung für
23. Juni und 1. Juli. Für Erzielungen ab 23.
Juni und 1. Juli neue Verkaufspreise. Für
mit Phosphorabwägung: 1. 100 kg, 2. 100 kg,
3. 100 kg, 4. 100 kg, 5. 100 kg, 6. 100 kg,
7. 100 kg, 8. 100 kg, 9. 100 kg, 10. 100 kg,
11. 100 kg, 12. 100 kg, 13. 100 kg, 14. 100 kg,
15. 100 kg, 16. 100 kg, 17. 100 kg, 18. 100 kg,
19. 100 kg, 20. 100 kg, 21. 100 kg, 22. 100 kg,
23. 100 kg, 24. 100 kg, 25. 100 kg, 26. 100 kg,
27. 100 kg, 28. 100 kg, 29. 100 kg, 30. 100 kg,
31. 100 kg, 32. 100 kg, 33. 100 kg, 34. 100 kg,
35. 100 kg, 36. 100 kg, 37. 100 kg, 38. 100 kg,
39. 100 kg, 40. 100 kg, 41. 100 kg, 42. 100 kg,
43. 100 kg, 44. 100 kg, 45. 100 kg, 46. 100 kg,
47. 100 kg, 48. 100 kg, 49. 100 kg, 50. 100 kg,
51. 100 kg, 52. 100 kg, 53. 100 kg, 54. 100 kg,
55. 100 kg, 56. 100 kg, 57. 100 kg, 58. 100 kg,
59. 100 kg, 60. 100 kg, 61. 100 kg, 62. 100 kg,
63. 100 kg, 64. 100 kg, 65. 100 kg, 66. 100 kg,
67. 100 kg, 68. 100 kg, 69. 100 kg, 70. 100 kg,
71. 100 kg, 72. 100 kg, 73. 100 kg, 74. 100 kg,
75. 100 kg, 76. 100 kg, 77. 100 kg, 78. 100 kg,
79. 100 kg, 80. 100 kg, 81. 100 kg, 82. 100 kg,
83. 100 kg, 84. 100 kg, 85. 100 kg, 86. 100 kg,
87. 100 kg, 88. 100 kg, 89. 100 kg, 90. 100 kg,
91. 100 kg, 92. 100 kg, 93. 100 kg, 94. 100 kg,
95. 100 kg, 96. 100 kg, 97. 100 kg, 98. 100 kg,
99. 100 kg, 100. 100 kg, 101. 100 kg, 102. 100 kg,
103. 100 kg, 104. 100 kg, 105. 100 kg, 106. 100 kg,
107. 100 kg, 108. 100 kg, 109. 100 kg, 110. 100 kg,
111. 100 kg, 112. 100 kg, 113. 100 kg, 114. 100 kg,
115. 100 kg, 116. 100 kg, 117. 100 kg, 118. 100 kg,
119. 100 kg, 120. 100 kg, 121. 100 kg, 122. 100 kg,
123. 100 kg, 124. 100 kg, 125. 100 kg, 126. 100 kg,
127. 100 kg, 128. 100 kg, 129. 100 kg, 130. 100 kg,
131. 100 kg, 132. 100 kg, 133. 100 kg, 134. 100 kg,
135. 100 kg, 136. 100 kg, 137. 100 kg, 138. 100 kg,
139. 100 kg, 140. 100 kg, 141. 100 kg, 142. 100 kg,
143. 100 kg, 144. 100 kg, 145. 100 kg, 146. 100 kg,
147. 100 kg, 148. 100 kg, 149. 100 kg, 150. 100 kg,
151. 100 kg, 152. 100 kg, 153. 100 kg, 154. 100 kg,
155. 100 kg, 156. 100 kg, 157. 100 kg, 158. 100 kg,
159. 100 kg, 160. 100 kg, 161. 100 kg, 162. 100 kg,
163. 100 kg, 164. 100 kg, 165. 100 kg, 166. 100 kg,
167. 100 kg, 168. 100 kg, 169. 100 kg, 170. 100 kg,
171. 100 kg, 172. 100 kg, 173. 100 kg, 174. 100 kg,
175. 100 kg, 176. 100 kg, 177. 100 kg, 178. 100 kg,
179. 100 kg, 180. 100 kg, 181. 100 kg, 182. 100 kg,
183. 100 kg, 184. 100 kg, 185. 100 kg, 186. 100 kg,
187. 100 kg, 188. 100 kg, 189. 100 kg, 190. 100 kg,
191. 100 kg, 192. 100 kg, 193. 100 kg, 194. 100 kg,
195. 100 kg, 196. 100 kg, 197. 100 kg, 198. 100 kg,
199. 100 kg, 200. 100 kg, 201. 100 kg, 202. 100 kg,
203. 100 kg, 204. 100 kg, 205. 100 kg, 206. 100 kg,
207. 100 kg, 208. 100 kg, 209. 100 kg, 210. 100 kg,
211. 100 kg, 212. 100 kg, 213. 100 kg, 214. 100 kg,
215. 100 kg, 216. 100 kg, 217. 100 kg, 218. 100 kg,
219. 100 kg, 220. 100 kg, 221. 100 kg, 222. 100 kg,
223. 100 kg, 224. 100 kg, 225. 100 kg, 226. 100 kg,
227. 100 kg, 228. 100 kg, 229. 100 kg, 230. 100 kg,
231. 100 kg, 232. 100 kg, 233. 100 kg, 234. 100 kg,
235. 100 kg, 236. 100 kg, 237. 100 kg, 238. 100 kg,
239. 100 kg, 240. 100 kg, 241. 100 kg, 242. 100 kg,
243. 100 kg, 244. 100 kg, 245. 100 kg, 246. 100 kg,
247. 100 kg, 248. 100 kg, 249. 100 kg, 250. 100 kg,
251. 100 kg, 252. 100 kg, 253. 100 kg, 254. 100 kg,
255. 100 kg, 256. 100 kg, 257. 100 kg, 258. 100 kg,
259. 100 kg, 260. 100 kg, 261. 100 kg, 262. 100 kg,
263. 100 kg, 264. 100 kg, 265. 100 kg, 266. 100 kg,
267. 100 kg, 268. 100 kg, 269. 100 kg, 270. 100 kg,
271. 100 kg, 272. 100 kg, 273. 100 kg, 274. 100 kg,
275. 100 kg, 276. 100 kg, 277. 100 kg, 278. 100 kg,
279. 100 kg, 280. 100 kg, 281. 100 kg, 282. 100 kg,
283. 100 kg, 284. 100 kg, 285. 100 kg, 286. 100 kg,
287. 100 kg, 288. 100 kg, 289. 100 kg, 290. 100 kg,
291. 100 kg, 292. 100 kg, 293. 100 kg, 294. 100 kg,
295. 100 kg, 296. 100 kg, 297. 100 kg, 298. 100 kg,
299. 100 kg, 300. 100 kg, 301. 100 kg, 302. 100 kg,
303. 100 kg, 304. 100 kg, 305. 100 kg, 306. 100 kg,
307. 100 kg, 308. 100 kg, 309. 100 kg, 310. 100 kg,
311. 100 kg, 312. 100 kg, 313. 100 kg, 314. 100 kg,
315. 100 kg, 316. 100 kg, 317. 100 kg, 318. 100 kg,
319. 100 kg, 320. 100 kg, 321. 100 kg, 322. 100 kg,
323. 100 kg, 324. 100 kg, 325. 100 kg, 326. 100 kg,
327. 100 kg, 328. 100 kg, 329. 100 kg, 330. 100 kg,
331. 100 kg, 332. 100 kg, 333. 100 kg, 334. 100 kg,
335. 100 kg, 336. 100 kg, 337. 100 kg, 338. 100 kg,
339. 100 kg, 340. 100 kg, 341. 100 kg, 342. 100 kg,
343. 100 kg, 344. 100 kg, 345. 100 kg, 346. 100 kg,
347. 100 kg, 348. 100 kg, 349. 100 kg, 350. 100 kg,
351. 100 kg, 352. 100 kg, 353. 100 kg, 354. 100 kg,
355. 100 kg, 356. 100 kg, 357. 100 kg, 358. 100 kg,
359. 100 kg, 360. 100 kg, 361. 100 kg, 362. 100 kg,
363. 100 kg, 364. 100 kg, 365. 100 kg, 366. 100 kg,
367. 100 kg, 368. 100 kg, 369

Der Dortmunder Pferdemarkt am 8. Juli war trotz der Verkehrssperre noch mit 200 Pferden und 120 Kaufleuten besetzt. Die Zahl der Besucher betrug 900. Der Handel war mittelmäßig. Es kosteten beste Stuten bis 30, Millionen Mark vereinzelt auch mehr, beste Kalespferde 24—30 Mill. Mark, mittlere Pferde 15—20 Mill. Mark, während geringere Pferde mit 8—10 Mill. Mark bezahlt werden mußten. — Nächster Pferdemarkt Freitag, 3. August.

Perlin, 7. Juli. Die Zufuhren zum Schlachthof
markt auf dem Zentralviehhof waren außerordentlich
mangelnd so daß die Preise wieder stark eingeschränkt
sind. Rinder lieferten um 5500, Kühe über 5000, Schafe
5400 und Schweine um 2500 M je Pfund Lebendgewicht
höher als am letzten Montage. Aufgetrieben waren
1233 Rinder, 912 Kühe, 9738 Schafe und 270 Schweine
Preis: Rinder 10—18 000 M , Kühe 13—22 000 M ,
Schafe 13—17 000 M , Schweine 16 500—19 000 M je Pfd.

Produktenbericht. Berlin, 7. Juli. Die außerordentliche Festigkeit des Produktemarktes hielt auch heute an. Gerste und Hafer vom Konsum dringend ge-

Notierungen. Berlin, 7. Juli. Es notierten Weizen, märkischer 49—50, Roggen, märkischer 350 bis 370, Sommergerste, märkische 390—410. Safer, märkischer 375—390, Mais (sich Berlin 405, Weizenmehl 150 bis 1600, Roggenmehl 1100—1250, Weizenkleie 230 bis 240, Roggenkleie 235—245, Trodenfischmehl 165—175 vollwertige Futterstängel 240—250, Tiermehl 460 bis 170, Kartoffelstoden 865—885. Alles Taufender.

Freiverkehr.
§ Berlin, 7. Juli. Die Reichsbank hielt bei der heutigen Devisenfestsetzung die Kurse auf der Höhe des Vor-

tagen. Der Bedarf war außerordentlich groß und die Hauptbedürfnisse wurden mit nur 5½ zugeteilt. Selbst in Italien, wie Japan erhielten eine Repartierung von 5 Prozent. Die Stimmung für Effekten ist fest, und die angemeldeten Kaufanträge bei den Banken sind bereits sehr zahlreich.

2011	7. Juli	1	6. Okt.	1 d. 8.
------	---------	---	---------	---------

Ausgaben	7. Juni		8. Juni		Bilanz
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland	68827.50	69172.50	68827.50	69172.50	1.6
Belgien	6844.50	6955.50	—	—	0.8
Norwegen	28329.00	28471.00	28023.50	28170.50	1.2
Dänem.	30723.00	30877.00	30324.00	30476.00	1.1
Schwed.	46383.50	46616.50	46383.50	46616.50	1.1
Finnland	4862.50	4887.50	—	—	0.4
Italien	7531.00	7563.00	7531.00	7569.00	0.8
England	798000.00	802000.00	798000.00	802000.00	20.8
America	175560.00	176440.00	175560.00	176440.00	4.2
Russl.	10274.00	10326.00	10244.00	10326.00	0.8
Schweiz	30324.00	30476.00	30324.00	30476.50	0.8
Spanien	24937.50	25062.50	24337.50	25062.00	0.8
D.-Ost.	259.35	260.65	—	—	—
Rich.-Seit.	5386.50	5413.50	—	—	—
Ungarn	20.29	20.41	—	—	—

Amtl. Dollarkurs 175 560,— M
Die Mark an der Newyorker Börse.

Neuwort, 7. Aufl. 0,004% — 0,004%
Marktschritt: 1 Doll. = 222 222 22 M.
Marktschritt nach Prag und Wien. In Verbindung mit
neuerdings Rückgang der Reichsmark sind ungewöhnlich
große Anläufe in goldschmelzender Wertpapieren in Prag
und Prag in Wien, wodurch die Währung überaus
hinständig ist. Der Marktschritt der Reichsmark
Prag auf 126 für 1000 M. in Prag, Prag, was
darüber dem vierten Teil der Reichsmark
den Strome entspricht.

Kokales u. Provinzielles

Geheimer Lenzmann. Ganz plötzlich ist am gestrigen Sonntag um die dritte Nachmittagsstunde unser hochgeschätzter Mitbürger, Herr Geh. Medizinalrat Wilhelm Lenzmann entschlafen. Mitten in den Seelen stehend, hat ihn der Allbeglückter Tod herausgenommen aus einem Leben, das überwiegend Freude, darum aber auch Mühe und Arbeit gewesen. Wie man den unermüdlich schaffenden alten Herrn noch in letzter Zeit zu jeder Tages- oder Nachtstunde bereit fand, Kranken mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, so hielt er auch noch am Samstag morgen die übliche Sprechstunde ab. Vor 50 Jahren, am 31. Juli 1873, kam der junge Dr. med. Lenzmann aus Mengebe, wo seine Wiege gestanden, nach hier, um die ärztliche Kunst zu vollführen. Sein Herzenswunsch, Ende dieses Monats sein goldenes Berufsjubiläum zu begehen, ist ihm verlagert geblieben. Wie sich die Kranken seiner ärztl. Kunst gern anvertrauten, so genoss Herr Geh. Rat Lenzmann in Berufs- und freier Zeit hohes Ansehen. Jahrzehnte lang war er Chefarzt des hiesigen Krankenhauses, von dessen Entstehung im Vorstädtchen Hanse an der Nordemauer an bis zum heutigen Ausbau der großen Anstalt an der Nordstraße. Viele Jahre war er Vorsitzender und später Ehrenvorsitzender des Berufsvereins der Ärzte im Landkreis Hamm und Mitglied der Ärztekammer Münster. An der Entwicklung Kamens hat der Verewigte großes Interesse genommen, so als Stadtverordneter und Mitglied vieler städtischer und anderer Kommissionen. Stets fand man ihn als Förderer aller kulturellen Bestrebungen; so war er der Veranstalter der Gründung des hiesigen Musikvereins, dessen ständiges Mitglied, Förderer und Ehrenvorsitzender. In seinen politischen Anschauungen hatte sich Geh. Rat Lenzmann zur nationalliberalen Partei (Deutsche Volkspartei) bekannt, dessen hiesige Führerschaft er bis vor wenigen Jahren inne hatte, gern hörte man auch hier auf seinen Rat und baute auf sein Urteil. Wilhelm Lenzmann war ein echter Sohn der roten Erde, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, mit Stolz wies er stets auf seine westfälische Heimat hin. Sein echtdeutscher Sinn ließ ihn regen Anteil nehmen an den Geschicken unseres Volkes und Vaterlandes. Wo es galt, Bestrebungen zu fördern, die nach seiner Überzeugung dem Wohle des Vaterlandes dienten, da fand man ihn stets zur Tat bereit; wenn es darauf ankam, nahm er jede, auch die beschwerlichste Arbeit auf sich. Das große Weltkriegsgeschehen und seine Folgen bis zum heutigen Augenblick hat er mit allen Fasern des Herzens miterlebt und der Leidensfessel ist auch an ihm und seinem Hause nicht unberührt vorüber gegangen. Im Alter von 75 Jahren stehend hat bei ihm mit der Mann der schwarzen Schatten Eingekehrt. Mäße der Entschlafene in seiner westfälischen Heimatruhe wohl ruhen!

Stadtwohlfahrtsamt. An Spenden für das Altersheim bzw. für Wohlfahrtszwecke gingen ein: von den Beamten des Postamtes 33000 M., Frau Kammelsberger Rumpff 50000 M. Den Spendern besten Dank!

Bekau, 8. Juli. Immer wieder muß auf die fortgesetzten Fahrraddiebstähle hingewiesen werden. So wurde vor einigen Abenden vor der hiesigen Wirtschaft Roth ein Fahrrad gestohlen, mit dem der Täter, der zwar verfolgt wurde, unerkannt entkam.

Bekau, den 9. Juli. Hunde festhalten. Täglich gelangen viele Hundebesitzer zur Anzeige und Bestrafung, weil sie trotz der bestehenden Hundepolizei ihre Hunde frei umher laufen lassen, ohne dem Tier den Maulkorb anzulegen. Es wird an dieser Stelle nochmals gewarnt, mit Rücksicht auf die bestehende Gefahr der Übertragung der Tollwut, die Polizeiverordnung zu beachten. Im Unterlassungsfalle werden Hunde, deren Eigentümer nicht festzustellen sind, durch Landjäger und Polizeibeamte erschossen werden.

Kaiser, 9. Juli. Die Ratismädel. Die Theater-Gesellschaft „Heil Thalia“ gibt nicht an den bekanntgegebenen Sonntagen ihren Operetten-Abend, sondern am 19. August, 2. und 9. September. Wir bitten die Nachbarvereine, diese Sonntage zu berücksichtigen. Es ist dies wie bereits bekannt ist, wieder ein Meisterwerk von Hermann Morcellus. Der so überaus schnell bekanntgewordene Komponist Max Vogel hat sich mit diesem Werk selbst übertraffen. Wir weisen darauf hin, daß die ganze Operette durch Tänze und Reigen verschönert wird. Hauptlager sind: „Doch kommt ein Wundbeutel“. „Zwei Mädchen und ein Mann“. Karten im Vorverkauf sind zu haben ab 1. August beim Vereinswirt Fr. Schulz und den Mitgliedern.

Einladung.

Die Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums werden hierdurch zu einer Sitzung eingeladen, welche am Montag, den 9. Juli d. J., nachmittags um 4 Uhr in der Aula des Realprogymnasiums stattfindet.

Kamen, den 5. Juli 1923.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
H. J. Mann.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der Gebühren der Bibliothek und Leihhalle.
2. Vergütungsfestsetzung für den Bibliothekar.
3. Haushaltsplan der Volkshochschule.
4. Erhöhung der Berufsschulbeiträge.
5. Haushaltsplan der Berufsschule.
6. Haushaltsplan der Schulverbandskasse.
7. Haushaltsplan der Mädchenschule.
8. Erhebung der Kommunalsteuer.
9. Erhöhung des Kontokorrentkredits bei der Sparkasse.
10. Aufhebung d. Grundsteuerordnung vom 17.7.19.
11. Betriebszuschüsse für Nachbargemeinden gem. § 53 N. A. G.
12. Verkauf von Wertpapieren.
13. Nachtrag zur Vergütungssteuerordnung.
14. Kosten der Untersuchung der Nahrungsmittelproben.
15. Festsetzung der Kosten für Fäkalienabfuhr.
16. Erhöhung des Marktstandgeldes.
17. Kosten des Kochschulunterrichts.
18. Bauantrag der Bergmannsiedlung Hamm.
19. Mitteilung über Beschwerde betr. Anliegerbeiträge für die Königstraße.
20. Niederschlagung von Anliegerbeiträgen.
21. Nachveranlagung zu Beiträgen der Gesellen-Gesellschaft.
22. Ausschreibung der Bürgermeisterstelle.
23. Umwandlung einer Anwärter- in eine Beamtenstelle.
24. Endgültige Anstellung des Stadtobersekretärs Wierling.
25. Wahl eines nebenamtlichen Fortbildungsschulleiters.
26. Grunderwerb für den Fußweg zwischen Rath. Schule und Wohlfahrtsgebäude.
27. Beschaffung der Baumaterialien für die Koppelbrücke.
28. Grunderwerb für die Rathenauststraße.
29. Fluchtlinienfestsetzung für die Rathenauststraße.
30. Kreditbewilligung für den Straßenausbau.
31. Erhöhung der Wohnungsbauabgabe.
32. Feuerversicherung der städtischen Gebäude.
33. Beschaffung einer Mehrzweckmaschine.
34. Erhöhung des Schulgeldes für das Realprogymnasium.
35. Prüfung der Stadtkasse.
36. Abnahme der Wasserwerkstoffe.
37. Gewinn- und Verlustrechnung des städt. Gas- und Wasserwerks.
38. Erhöhung des Kontokorrentkredits der Betriebwerke.
39. Ersatzwahl für den Betriebsausschuß.
40. Festsetzung des Kleidergeldzuschusses für Polizeibeamte.
41. Anstellung des Pol.-Betr.-Ass. Pries.
42. Vergebung der Leichenfuhrer ab 1. 7. 23.
43. Beitrag d. Siedlungsverbandes z. Schul- und Wegebaufonds für Häuser i. d. Südenfeldmark.

Gras-Verkauf Haus Belmede

Dienstag, den 10. d. M., nachm. 5 Uhr
soll das Gras in Bödingkamp in der Nähe der Ziegelei von Herrn Rothhoff, Lünen, nimmerweise, meistbietend verkauft werden.

Bödinghausen, den 5. Juli 1923.
Blödom.

Gustav Menne

KAMEN, Weststraße 79.

Spezial-Geschäft

für elektrische Licht- und Kraftanlagen,
Alarm-Einrichtungen und Hausteilphone,
Gute Ausführung. — Ia. Material. —
Beste Referenzen.

Stets grosses Lager in Beleuchtungskörpern
aller Art von den einfachsten bis zu den
besten Ausführungen.

Anfertigung von Damen- und Kinder- Garderoben.

Frau Ferkau,

Damenschneiderin, Overberge 158.

Turnverein zu Kamen. Mittwoch, den 11. Juli, abends 7,9 Uhr bei Frau Jordan General- Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresrechnung.
2. Kassenaufschluß.
3. Festsetzung des Beitrages.
4. Verschiedenes.

Da in der Versammlung die
Festarten für München ausge-
geben werden, ist vollständiges Er-
scheinen, besonders der Turnfest-
teilnehmer, unbedingt erforderlich.

Der Turnrat.

Wer erteilt Untertanier

Nachhilfe?

Zu erfragen Dr. Meyer,
Schlachthof, 2104

Statt besonderer Anzeige für Kamen und Umgebung.

Heute Nachmittag 3 1/4 Uhr verschied sanft
nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser
treuer Vater und Großvater, Bruder, Schwager
und Onkel

Geheimer Sanitätsrat Dr. med.

Wilh. Lenzmann

im 75. Jahre seines arbeitsreichen Lebens.

In tiefer Trauer:

Elfriede Lenzmann geb. Große-Leegs

Else Stäps geb. Lenzmann

Hans-Ulrich und Jürgen Stäps.

Kamen, Dortmund, Duisburg, Langendreer,
Haus Brüggel, Berlin, den 8. Juli 1923.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Juli, nachmittags
5 Uhr statt. Trauerfeier im Hause 1/2 Stunde vorher.

Briefpapier

in einfacher und
feinster Ausstattung
empfiehlt

Buchhandlung der Kamener Zeitung

Freiwillige Turner-Feuer- wehr Kamen.

Dienstag, 10. Juli, abends
8 Uhr

Gesamt-Übung.

2103 Der Hauptmann.

Schreib- und

Rechenmaschinen

repariert und reinigt in
eigener Werkstatt unter
fachmännischer Leitung

Heinr. Rüter, Hamm

Fernspr. 1007. Gr. Weststr. 31.

Jungverheirateter Beamter (ausgewiesen) sucht

2088

1 bis 2 möbl. Zimmer.

Näheres in der Geschäftsstelle
der Kamener Zeitung.

2 hübsche, helle, unmöblierte Zimmer

möglichst Parterre, evtl. auch im
Gasthaus, sofort gegen sehr hohe
Mietentschädigung gesucht.
Angebote unter Nr. 2089 an
die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Fr. Brinkmann

begl. Vertreter von
Pastor Fettes Heilweise
Huna, Bahnhofstr. 49
Sprechstunden: Dienstag und
Freitag von 9 bis 6 Uhr.

Bilder- Rahmen

empfiehlt

Buchhandlung
der Kamener
Zeitung.

Leiden Sie?

an Flechten, Haut-
ausschlag, Haut-
jucken, Piken,
Finnen, Schor,
Krätze usw. dann
gebrauchen Sie
Dr. Ferras's
Heilweise. Er-
folg überraschend.
Zu haben in den
Apotheken und
Drogerien.

Drucksachen jeder Art

zu Geschäfts-, Privat- und Vereinszwecken

in feiner und moderner Ausführung werden aufs sorgfältigste hergestellt in der

Druckerei der Kamener Zeitung.